

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

8. Mai 1946.

15/A.B.
zu 26/J.Anfragebeantwortung.

In schriftlicher Beantwortung einer Anfrage der Abg. Geißlinger und Gen. (ÖVP), betreffend aus rassistischen oder politischen Gründen gemassregelte Bedienstete der ehemaligen Deutschen Reichsbahn bzw. der Österreichischen Bundesbahnen, führte Bundesminister U b e l e i s aus:

Die Grundlage für die Durchführung von Rehabilitierungen bildet der § 4 des Beamten-Überleitungsgesetzes, St.G.Bl. 134/1945. Im Rahmen dieser Bestimmungen wurden bisher 380 Wiedergutmachungsfälle aus den Dienstbereichen Wien und Niederösterreich der Österreichischen Staatseisenbahn/verwaltung behandelt. Vorausgeschickt sei, dass nur solche Fälle einer aufrechten Erledigung zugeführt werden können, bei denen sich nach eingehender Prüfung des vorgebrachten Tatbestandes das Vorhandensein der für eine Rehabilitierung nach dem Gesetz erforderlichen Voraussetzungen einwandfrei ergibt; leider entsprechen nicht alle Ansuchen diesen Voraussetzungen, auch erheischt der im Wesen der Dinge gelegene Umstand Beachtung, dass die Rehabilitierungswerber über den Rahmen des § 4 des Beamten-Überleitungsgesetzes häufig nicht hinlänglich informiert sind und daher ihre vermeintlich berechtigten Ansprüche von vornherein übersteigern. Die Rückführung der erhobenen Ansprüche auf das Mass des nach der bezogenen Gesetzesvorschrift Zulässigen bietet daher allzu häufig den Anlass, gegen die Staatseisenbahnverwaltung zu Unrecht den Vorwurf einer engherzigen und zurückhaltenden Behandlung der Rehabilitierungsansprüche zu erheben.

Zu Punkt 1 der Anfrage wird festgestellt, dass die in die Zeit der Ausserdienststellung fallenden Vorrückungen und Beförderungen nach § 11 des Beamten-Überleitungsgesetzes selbstverständlich angerechnet werden, Beförderungen können in den Kreis der Wiedergutmachungsmassnahmen automatisch jedoch nur dann einbezogen werden, wenn der von dem Bediensteten am 13.3.1938 bekleidete Dienstposten ein Zeitaufstiegsposten war und der Bedienstete die nächst fällige Zeitbeförderung noch nicht konsumiert hatte. Stellenbeförderungen dagegen können nur dann im Wiedergutmachungswege zugebilligt werden, wenn es nahezu zweifellos feststeht, dass der Bedienstete nach Massgabe der Lage des Falles tatsächlich zum Zuge gekommen wäre; solche nachträgliche Feststellungen bedürfen eingehender Überlegungen, um den allenfalls gegebenen gleichartigen Ansprüchen aus parallel gelagerten Fällen nicht vorzugreifen; die erforderliche Rekonstruktionen sind technisch häufig durch den Mangel an geeigneten Unterlagen, verursacht

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

8. Mai 1946.

durch Vernichtung von Personalakten, Rangslisten und sonstiger Behelfe, sehr erschwert. Die "liberale" Ausweitung der zu ähnlichen Massnahmen führenden "fiktiven Annahmen", wie dies im Punkt 2 geschildert wird, auf alle Gemassregelter entbehrt vorerst der gesetzlichen Grundlage.

Es erscheint sowohl im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes begründet als auch als eine unabweisliche Pflicht der Staatseisenbahnverwaltung, die fachlichen Belange und hiedurch die Grundzüge einer geordneten Personalwirtschaft zu Gunsten der Erfordernisse der Wiedergutmachung gemassregelter Bediensteter nicht völlig zu vernachlässigen. Gegen dieses Gebot würde die im Punkt 3 gewünschte Erweiterung der Förderungsmassnahmen aus dem Titel der Rehabilitierung dann verstossen, wenn zugegeben würde, dass Bedienstete, die den fachlichen Erfordernissen in jeder Hinsicht entsprechen, durch Bewerber, die die Bewerbungsbedingungen nur "annähernd erfüllen", generell verdrängt werden; selbstverständlich dürfen die als "noch tragbare Nazi" befundenen Bediensteten auf keine Förderung ihrer Diensteslaufbahn rechnen; ebenso wenig besteht die Absicht, "andere Elemente zweifelhafter Gesinnung" zu schonen und einer bevorzugten Laufbahn teilhaftig werden zu lassen. Die Berücksichtigung Gemassregelter bei Postenbesetzungen im Ausschreibungsweg ergibt sich, wenn ^{der} Rang und die sonstigen Ausschreibungsbedingungen allein für die Beurteilung nicht zureichen, von selbst.

Die im Punkt 5 geforderte Verschiebung der Altersgrenze um die Zeitdauer der Massregelung könnte erst im Zug der Festlegung der künftigen Abbau-massnahmen aktuell werden.

Die Vorschrift des § 4 des Beamten-Überleitungsgesetzes ist von dem Grundsatz beherrscht, dass Nachzahlungen entgangener Bezüge nicht zustehen. Bezugszahlungen in voller Höhe ^{der} durch die Wiedergutmachung bedingten finanziellen Auswirkungen sind daher erst von dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme in den Dienststand zulässig, sofern nicht im Einzelfalle bis zum 1.5.1945 rückwirkende Beförderungen je nach der Lage des Falles zuerkannt werden konnten. Die Flüssigmachung der Unterschiedsbeträge auf Grund der Bezugsabrechnungen für Mai, Juni und Juli 1945 ist durch die Anordnungen des Bundesministeriums für Finanzen gebunden und durch den Zeitpunkt der Meldung zum Dienstantritt bestimmt; die Staatseisenbahnverwaltung ist nicht in der Lage, wie laut Punkt 6 gefordert wird, einseitig über die erwähnten Weisungen hinwegzugehen; geflüchtete Nazi erhielten, zumindest in den Bezirken Wien und Niederösterreich, keinerlei Nachzahlungen; diesbezüglich dürfte ein Irrtum der Herren Fragesteller vorliegen.

3. Beiblatt.

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

8. Mai 1946.

Die Generaldirektion der Österreichischen Staatseisenbahnen hat eine Neuregelung des Unterstützungswesens bereits in Ausarbeitung genommen, um Bediensteten, die unverschuldetermassen in Notlage geraten sind, wie früher durch Gewährung " einmaliger Unterstützungen aus Betriebsmitteln " beispringen zu können. Die Mittel, die seitens des finanziellen Dienstes im Rahmen des Voranschlages für Unterstützungen zur Verfügung gestellt werden können, sind allerdings nicht weitreichend, sodass aus diesen Mitteln umfassende Aktionen zur Linderung der durch die Kriegseinwirkungen hervorgerufenen Notlage kaum gedeckt werden können. Es wurde ferner auch die Wiederaufnahme der Gewährung von Gehaltsvorschüssen in Erwägung gezogen; in diesem Fall wird daran gedacht, Gehaltsvorschüsse auch gegen mässige Zinsen, also gewissermassen im Darlehensweg, zu vergeben; unter dieser Voraussetzung würde es möglich sein, die Vorschussgewährung ohne sonderliche Belastung des Personaletats freizügiger zu gestalten.

Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass ehemaligen Schutzhäftlingen im Sinne einer Anordnung des Bundeskanzleramtes auf Ansuchen Unterstützungen im Betrage eines dreimonatlichen Monatsbruttolohnes bis zum Höchstbetrage von S 500.- ausbezahlt werden. So weit finanzielle Mittel, Einrichtungs- und Bedarfsgegenstände vorhanden waren, hat das Wohlfahrtsamt der Generaldirektion der Österreichischen Staatseisenbahnen mit dem Wenigen helfend eingegriffen.
